

Studien zum
deutschen und europäischen Arbeitsrecht

86

David Sundermann

Arbeitnehmerüberlassung beim Arbeitskampf im Entleiherbetrieb

Die Neugestaltung des § 11 Abs. 5 AÜG



Nomos

**Studien zum
deutschen und europäischen Arbeitsrecht**

Herausgegeben von

Prof. Dr. Martin Henssler, Universität zu Köln

Prof. Dr. Martin Franzen, Ludwig-Maximilians-Universität München

Prof. Dr. Felix Hartmann, LL.M. (Harvard), Freie Universität Berlin

Prof. Dr. Clemens Höpfner,
Westfälische Wilhelms-Universität Münster

Prof. Dr. Abbo Junker, Ludwig-Maximilians-Universität München

Prof. Dr. Peter Schüren, Westfälische Wilhelms-Universität Münster

Prof. Dr. Katharina Uffmann, Ruhr-Universität Bochum

Band 86

David Sundermann

Arbeitnehmerüberlassung beim Arbeitskampf im Entleiherbetrieb

Die Neugestaltung des § 11 Abs. 5 AÜG



Nomos



Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Köln, Univ., Diss., 2020

ISBN 978-3-8487-7848-5 (Print)

ISBN 978-3-7489-2258-2 (ePDF)

1. Auflage 2020

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2020. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2019 an der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln eingereicht und im Sommersemester 2020 als Dissertation angenommen. Rechtsprechung und Literatur wurden bis Februar 2019 berücksichtigt.

Ein besonderer Dank gebührt zunächst meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Martin Henssler, dessen Wirken meine akademische Laufbahn bereits im Studium geprägt und der diese Arbeit mit seiner jederzeitigen Diskussions- und Hilfsbereitschaft sowie unter Einräumung größtmöglicher Freiräume hervorragend betreut hat. Bei Herrn Prof. Dr. Christian Rolfs bedanke ich mich für die zügige Erstellung des Zweitvotums. Zudem bedanke ich mich bei den Herausgebern der Schriftenreihe „Studien zum deutschen und europäischen Arbeitsrecht“ für die Aufnahme meiner Arbeit.

Zahlreichen Freundinnen und Freunden sowie Kolleginnen und Kollegen möchte ich meinen Dank dafür aussprechen, dass sie mir während der Erstellung dieser Arbeit unterstützend zur Seite standen.

Dank gebührt meinen Eltern, Christiane und Dr. Werner Sundermann, für ihre Unterstützung, ihr Vertrauen und den steten Zuspruch bei meinem beruflichen und persönlichen Werdegang. Auch meinen Geschwistern Laura, Malte und Julius Sundermann sowie den Eheleuten Dr. Gudrun und Prof. Manfred Sundermann sei an dieser Stelle Dank für die besondere Unterstützung während der Erstellung dieser Arbeit aber auch über diesen Zeitraum hinaus ausgesprochen. Abschließend sei ein ganz besonderer Dank an Anna Walter für die liebevolle und uneingeschränkte Unterstützung sowie den ständigen Rückhalt ausgesprochen. Ihr ist diese Arbeit gewidmet.

Köln, im August 2020

David Sundermann

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	17
Einleitung	23
Kapitel 1: Rechtslage und Meinungsstand zur Arbeitnehmerüberlassung beim Arbeitskampf im Entleiherbetrieb vor der Novellierung des § 11 Abs. 5 AÜG	27
A. Das Leistungsverweigerungsrecht des Leiharbeitnehmers nach § 11 Abs. 5 a.F. AÜG	27
I. Voraussetzungen des Leistungsverweigerungsrechts	28
II. Ausübung des Leistungsverweigerungsrechts	29
III. Rechtsfolgen der Ausübung	30
1. Im Verhältnis zwischen Leiharbeitnehmer und Entleiher	30
2. Im Verhältnis zwischen Leiharbeitnehmer und Verleiher	30
3. Im Verhältnis zwischen Verleiher und Entleiher	32
IV. Praktische Relevanz	32
B. Berechtigung des Leiharbeitnehmers zur Streikteilnahme im Entleiherbetrieb	33
I. Rechtsdogmatische Verortung des Arbeitskampfes	34
1. Art. 9 Abs. 3 GG als Ausgangspunkt	34
2. Entwicklung der arbeitskampfrechtlichen Judikatur	35
a) Bestandsgarantie	36
b) Betätigungsgarantie	37
3. Zwischenergebnis	38
II. Streikteilnahmerecht nach der höchstrichterlichen Rechtsprechung	39
1. Partizipationsgedanke	40
a) Partizipation von Leiharbeitnehmern	40
b) Allgemeine Kritik	42
c) Zwischenergebnis	43
2. Kollektive Interessenlage	44
a) Leiharbeitnehmer als Teil der Belegschaft	45

Inhaltsverzeichnis

b) Notwendigkeit der Einbeziehung von Leiharbeitnehmern aufgrund der „Funktionsfähigkeit des Arbeitskampsystems“	46
3. Soziale Wirklichkeit	47
4. Zwischenergebnis	48
III. Rechtmäßigkeit der Streikteilnahme von Leiharbeitnehmern	48
1. Einheitstheorie	48
2. Rechtmäßigkeit eines Arbeitskampfes unter Einbeziehung der im Entleiherbetrieb tätigen Leiharbeitnehmer	50
a) Begriff des Unterstützungstreiks	50
b) Entwicklung der arbeitskampfrechtlichen Judikatur bezüglich des Unterstützungstreiks	51
c) Kritik an der Rechtsprechung zur Rechtmäßigkeit des Unterstützungstreiks	52
d) Die Einbeziehung von Leiharbeitnehmern in den Arbeitskampf als zulässiger Unterstützungstreiks	53
aa) Offensichtliche Ungeeignetheit	54
bb) Mangelnde Erforderlichkeit	55
cc) Unangemessenheit	55
3. Zwischenergebnis	56
IV. Ausschluss eines Streikteilnahmerechts aufgrund von § 11 Abs. 5 AÜG	56
V. Ergebnis	58
C. Tarifliche Einsatzverbote	60
I. Inhalt der Streikklauseln	60
II. Wirkung der Streikklauseln	61
1. Einsatzverbot als normative Regelung	62
2. Einsatzverbot als schuldrechtliche (tarifliche) Regelung	64
III. Ergebnis	67
D. Zusammenfassung Kapitel 1	68
Kapitel 2: Tatbestand und Reichweite des Einsatzverbotes	70
A. Tatbestand	71
I. Arbeitskampf	71
1. Ansätze in der Literatur zur Bestimmung des Arbeitskampfes	71
2. Das rechtsstaatliche Bestimmtheitsgebot	72
3. Allgemeiner Arbeitskampfbegriff	73
a) Weiter Arbeitskampfbegriff	73

b) Enger Arbeitskampfbegriff	74
c) Zwischenergebnis	75
4. Arbeitskampf im Sinne des § 11 Abs. 5 S. 1 AÜG	75
a) Arbeitskampfmittel	76
aa) Wortlaut der Norm	77
bb) Entstehungsgeschichte	77
cc) Sinn und Zweck	78
dd) Systematik	79
ee) Zwischenergebnis	79
b) Arbeitskampfziel	79
c) Arbeitskampfparteien	81
5. Zwischenergebnis	82
6. Beschränkung auf rechtmäßige Arbeitskämpfe	82
a) Rechtmäßigkeit auf Grund der Sozialadäquanz	83
aa) Grundsatz der Sozialadäquanz	83
bb) Bedeutung für Einsatzverbot	83
b) Ablehnende Auffassungen	84
aa) Wortlaut und Gesamtzusammenhang des Einsatzverbotes	84
bb) Sinn und Zweck des Einsatzverbotes	86
cc) Praktikabilitäts- und Rechtssicherheitserwägungen	86
dd) Rechtmäßigkeitsvermutung	87
c) Zwischenergebnis	88
II. Unmittelbare Betroffenheit des Betriebes	88
1. Unmittelbare Betroffenheit	89
a) Enges Begriffsverständnis	89
b) Weites Begriffsverständnis	90
c) Stellungnahme	90
2. Betrieb	91
III. Ergebnis	92
B. Reichweite des Einsatzverbotes	93
I. Ausnahmenvorschrift des § 11 Abs. 5 S. 2 AÜG	94
1. Betrachtungsweise	95
a) Bedeutung für bereits beim Entleiher tätige Leiharbeitnehmer	95
aa) Bei gleichbleibender Tätigkeit	95
bb) Bei Umorganisation der Arbeitsabläufe	96
b) Bedeutung für nach Beginn des Arbeitskampfes entlehene Leiharbeitnehmer	97
c) Zwischenergebnis	97

Inhaltsverzeichnis

2. Sicherstellen	97
a) Verständnis in der Literatur	98
b) Stellungnahme	99
c) Zwischenergebnis	99
3. Umgehung des Einsatzverbotes durch Unterbrechung der Streikbruchketten	100
a) Allgemeines	100
b) Möglichkeit der „Umgehung“	100
aa) Vereinbarkeit mit Sinn und Zweck des Einsatzverbotes	101
bb) Verstoß gegen das Analogieverbot	102
c) Zwischenergebnis	103
II. Betriebsbezogenheit des Einsatzverbotes	104
1. Wortlaut der Norm	105
2. Sinn und Zweck	106
3. Regelungssystematik	107
4. Ergebnis	107
III. Privilegierte Arbeitnehmerüberlassung	108
1. Arbeitnehmerüberlassung zur Arbeitsplatzsicherung (§ 1 Abs. 3 Nr. 1 AÜG)	109
2. Konzernleihe (§ 1 Abs. 3 Nr. 2 AÜG)	110
a) Widersprüchliche Privilegierung	111
b) Als Mittel zur Abdeckung arbeitskampfbedingten Beschäftigungsbedarfs	113
3. Gelegentliche Arbeitnehmerüberlassung (§ 1 Abs. 3 Nr. 2a AÜG)	113
4. Personalgestellung im öffentlichen Dienst (§ 1 Abs. 3 Nr. 2b AÜG)	115
5. Arbeitnehmerüberlassung zwischen juristischen Personen im öffentlichen Dienst (§ 1 Abs. 3 Nr. 2c AÜG)	116
6. Überlassung in ein deutsch-ausländisches Gemeinschaftsunternehmen (§ 1 Abs. 3 Nr. 3 AÜG)	117
7. Ergebnis	117
IV. Notdienst- und Erhaltungsarbeiten	118
1. Notdienstarbeiten	118
2. Erhaltungsarbeiten	118
V. Zeitliche Reichweite	119
C. Zusammenfassung Kapitel 2	120

Kapitel 3: Zivilrechtliche Folgen	122
A. Rechtsfolgen im Verhältnis Entleiher – Leiharbeitnehmer („Das Einsatzverhältnis“)	122
I. Das Einsatzverhältnis	122
II. Folgen des Einsatzverbotes	122
B. Rechtsfolgen im Verhältnis Verleiher – Entleiher („Das Überlassungsverhältnis“)	123
I. Das Überlassungsverhältnis	123
II. § 11 Abs. 5 S. 1 AÜG als Verbotsgesetz i.S.d. § 134 BGB	124
1. Meinungsstand in der Literatur	124
2. Stellungnahme	125
a) § 11 Abs. 5 S. 1 AÜG als Verbotsgesetz im Sinne von § 134 BGB	126
b) Nichtigkeitsfolge	127
3. Ergebnis	129
III. Auswirkungen auf die Überlassungsvergütung	129
1. Erlöschen nach § 275 BGB	129
2. Erlöschen nach § 326 BGB	131
IV. Ergebnis	131
C. Rechtsfolgen im Verhältnis Verleiher – Leiharbeitnehmer („Das Leiharbeitsverhältnis“)	132
I. Das Leiharbeitsverhältnis	132
II. Auswirkungen auf die Vergütungspflicht	133
1. Annahmeverzugslösung	133
2. Lösung über die Betriebsrisikolehre	134
3. Arbeitskampfrisikolehre	136
4. Stellungnahme	137
a) Arbeitskampf bei Abschluss einer Überlassungsvereinbarung	137
b) Arbeitskampf vor Abschluss einer Überlassungsvereinbarung	138
aa) Grundsätze der Arbeitskampfrisikolehre	139
bb) Betriebliche Unmöglichkeit bzw. wirtschaftliche Unzumutbarkeit	140
c) Ergebnis	141
III. Höhe des Vergütungsanspruchs	142
1. Leiharbeitsrechtliches Vergütungsregime	142
2. Vergütungshöhe bei Eingreifen des Einsatzverbotes	142
a) Gesetzliche Grundkonzeption	143

Inhaltsverzeichnis

b) Konsequenz bei Vorliegen des Einsatzverbotes	144
IV. Ergebnis	145
D. Zusammenfassung Kapitel 3	145
Kapitel 4: Vereinbarkeit des Einsatzverbotes mit höherrangigem Recht	147
A. Eingriff in Rechte des Entleihers	147
I. Vereinbarkeit mit Art. 9 Abs. 3 GG	147
1. Aktueller Diskussionstand	148
a) Ausgestaltung von Art. 9 Abs. 3 GG	148
b) Eingriff in Art. 9 Abs. 3 GG	149
2. Stellungnahme	150
a) Der „arbeitskampfrechtliche“ Schutzbereich des Art. 9 Abs. 3 GG	151
aa) Kernbereichslehre	152
bb) Aufgabe der Kernbereichslehre	153
cc) Kritik an der Rechtsprechung	154
b) Auseinanderfallen von Grundrechtsträgerschaft und Schutzbereich	156
aa) Koalitionen als Träger der Arbeitskampffreiheit	157
bb) Der einzelne Arbeitgeber als Träger der Arbeitskampffreiheit	158
3. Ergebnis	160
II. Vereinbarkeit mit der unternehmerischen Entscheidungsfreiheit	161
1. Verfassungsrechtlicher Schutz der unternehmerischen Entscheidungsfreiheit	162
a) Zuordnung zu Art. 14 GG	162
b) Zuordnung zu Art. 12 GG	163
c) Zwischenergebnis	164
2. Die Schranken der Berufsfreiheit	164
a) Dreistufentheorie als Ausgangspunkt der Schrankendogmatik	165
b) Legitime Gemeinwohlbelange	167
aa) Schutz der Leiharbeitnehmer vor Streikbrechertätigkeiten	168
(1) Allgemeine Schutzbedürftigkeit von Streikbrechern	168
(aa) Schutz bei „direkter Streikarbeit“	169

(bb) Kein Schutz bei indirekter Streikarbeit	172
(cc) Zwischenergebnis	173
(2) Besondere Schutzbedürftigkeit von Leiharbeitnehmern	173
(aa) Aufgrund vertragsrechtlicher Situation	174
(bb) Aufgrund mangelndem Streikteilnahmerecht	175
(3) Eingriff in die Berufsfreiheit der Leiharbeitnehmer	175
(4) Zwischenergebnis	177
bb) Verhinderung der „missbräuchlichen“ Einwirkung auf Arbeitskämpfe	177
(1) „Missbräuchlichkeit“	177
(2) Einwirkung auf Arbeitskämpfe	178
cc) Zwischenergebnis	179
c) Übermaßverbot	179
aa) Geeignetheit	180
bb) Erforderlichkeit	181
(1) Anwendungsbereich des Einsatzverbotes	181
(2) Fehlende Nachweise für Erforderlichkeit	182
(3) Zwischenergebnis	182
cc) Angemessenheit	183
(1) Staatliches Neutralitätsgebot und Arbeitskampfparität	184
(2) Anwendung dieser Grundsätze außerhalb von Art. 9 Abs. 3 GG	185
(3) Zwischenergebnis	186
(4) Verstoß des Einsatzverbotes gegen das Paritätsgebot	186
(5) Zwischenergebnis	189
III. Ergebnis	190
B. Eingriff in Rechte des Leiharbeitnehmers	190
I. Vereinbarkeit mit der Berufsfreiheit	191
II. Vereinbarkeit mit der negativen Koalitionsfreiheit	192
C. Eingriff in Rechte des Verleihers	194
I. Vereinbarkeit mit der Berufsfreiheit	194
II. Vereinbarkeit mit der negativen Koalitionsfreiheit	195

Inhaltsverzeichnis

D. Vereinbarkeit mit Unionsrecht	196
I. Vereinbarkeit mit Art. 4 Abs. 1 der Leiharbeitsrichtlinie (RL 2008/104/EG)	196
1. Art. 4 Abs. 1 RL 2008/104/EG als Verfahrensvorschrift	197
2. Art. 4 Abs. 1 RL 2008/104/EG als materiell-rechtliches Hindernis	198
II. Vereinbarkeit mit europäischem Primärrecht	200
1. Vereinbarkeit mit Art. 56 AEUV	200
a) Beeinträchtigung	200
b) Rechtfertigung	202
c) Zwischenergebnis	204
2. Vereinbarkeit mit Art. 45 AEUV	204
3. Vereinbarkeit mit Art. 28 EU-GRC	205
III. Ergebnis	205
E. Völkerrechtliche Bewertung des Einsatzverbotes	206
F. Zusammenfassung Kapitel 4	207
 Kapitel 5: Neubewertung des Leistungsverweigerungsrechts	 209
A. Voraussetzungen für das Leistungsverweigerungsrecht	209
I. Unmittelbare Betroffenheit	210
II. Arbeitskampf	213
1. Meinungsstreit zum Rechtmäßigkeitserfordernis	213
2. Stellungnahme	214
III. Ergebnis	216
B. Ausübung des Leistungsverweigerungsrechts	217
C. Folgen der Ausübung	218
I. Das Verhältnis zwischen Leiharbeitnehmer und Entleiher	218
II. Das Verhältnis zwischen Leiharbeitnehmer und Verleiher	218
1. Folgen für die Arbeitspflicht	218
2. Zuweisung des Lohnrisikos	219
a) Meinungsstand in der Literatur	219
b) Stellungnahme	220
aa) Annahmeverzug	221
bb) Betriebsrisikolehre	223
c) Ergebnis	224
3. Folgen einer rechtswidrigen Ausübung	225
III. Das Verhältnis zwischen Verleiher und Entleiher	225
D. Zusammenfassung Kapitel 5	226

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 6: Zusammenfassung der Ergebnisse	229
Literaturverzeichnis	233

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
a.F.	alte Fassung
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AentG	Arbeitnehmerentsendegesetz
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union in der Fassung des Vertrages von Lissabon
AFG	Gesetz über die Leistungen und Aufgaben zur Beschäftigungssicherung und Förderung des Wirtschaftswachstums
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
AktG	Recht der Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien (Aktiengesetz)
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
AP	Arbeitsrechtliche Praxis
ArbRAktuell	Arbeitsrecht Aktuell
ArbRB	Der Arbeits-Recht-Berater
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz
AR-Blattei SD	Arbeitsrecht-Blattei Systematische Darstellungen
ArbRdG	Das Arbeitsrecht der Gegenwart
Art.	Artikel
AÜG	Arbeitnehmerüberlassungsgesetz
AuR	Arbeit und Recht
BA FA AÜG	Fachliche Weisungen Arbeitnehmerüberlassung der Bundesagentur für Arbeit
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAP	Bundesarbeitgeberverband der Personaldienstleister
BB	Betriebs-Berater
Bd.	Band
BDA	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
BeckOKArbR	Beck'scher Online Kommentar Arbeitsrecht
BeckOKGG	Beck'scher Online Kommentar Grundgesetz
BeckRS	Beck-Rechtsprechung

Abkürzungsverzeichnis

Begr.	Begründer
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz
BFH	Bundesfinanzhof
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGH	Bundesgerichtshof
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BRAK	Bundesrechtsanwaltskammer
Bspw.	beispielsweise
BT(ASS)	Deutscher Bundestag – Ausschuss für Arbeit und Soziales
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BUrlG	Bundesurlaubsgesetz
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGK	Kammerentscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BW	Baden-Württemberg
bzw.	beziehungsweise
ca.	Circa
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CSU	Christlich Soziale Union in Bayern
DAG	Deutsche Angestellten-Gewerkschaft
DB	Der Betrieb
Ders.	Derselbe
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
D/H/S/W	Däubler/Hjort/Schubert/Wolmerath, Arbeitsrecht Kommentar
Dies.	Dieselben
Diss.	Dissertation
ebd.	ebenda
EG	Europäische Gemeinschaft
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
Einl.	Einleitung
EMRK	Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten
Entsenderichtlinie	Richtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen
ErfK	Erfurter Kommentar zum Arbeitsrecht

ESC	Europäische Sozialcharta
Etc.	et cetera
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EU-GRC	Charta der Grundrechte der Europäischen Union in der Fassung des Vertrags von Lissabon
EuArbR	Kommentar zum europäischen Arbeitsrecht
EuZA	Europäische Zeitschrift für Arbeitsrecht
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
f.	folgende
ff.	fortfolgende
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
gem.	gemäß
GewO	Gewerbeordnung
GG	Grundgesetz
GS	Großer Senat; auch: Gedächtnisschrift
h.M.	herrschende Meinung
HGR	Handbuch der Grundrechte in Europa und Deutschland
Hrsg.	Herausgeber/in
Hs.	Halbsatz
HStR	Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland
HWK	Henssler/Willemsen/Kalb, Arbeitsrecht Kommentar
i.S.d.	im Sinne des
i.S.v.	im Sinne von
i.V.m.	in Verbindung mit
iGZ	Interessenverband deutscher Zeitarbeitsunternehmen
ILO	International Labour Organisation
JA	Juristische Arbeitsblätter
JbArbR	Jahrbuch des Arbeitsrechts
Jura	Juristische Ausbildung
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
KK-OWiG	Karlsruher Kommentar zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
KR	Gemeinschaftskommentar zum Kündigungsschutzgesetz und zu sonstigen kündigungsschutzrechtlichen Vorschriften

Abkürzungsverzeichnis

Krit.	kritisch
KSchG	Kündigungsschutzgesetz
LAG	Landesarbeitsgericht
LAGE	Entscheidungen der Landesarbeitsgerichte
LG	Landgericht
lit.	litera
Losebl.	Loseblattsammlung
LSG	Landessozialgericht
m.	mit
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht; auch: Mitteldeutscher Rundfunk
MitbestG	Mitbestimmungsgesetz
Mitt.	Mitteilung(en)
MünchArbR	Münchener Handbuch zum Arbeitsrecht
MüKoBGB	Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch
n.F.	neue Fassung
Nachw.	Nachweise
NDR	Norddeutscher Rundfunk
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJOZ	Neue juristische Online-Zeitschrift
NK-ArbR	Nomos Kommentar – Gesamtes Arbeitsrecht
Nr.	Nummer
NRW	Nordrhein-Westfalen
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZA-RR	NZA-Rechtsprechungs-Report Arbeitsrecht
NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht
OVG	Oberverwaltungsgericht
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
PersVG	Personalvertretungsgesetz
RdA	Recht der Arbeit
RG	Reichsgericht
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer

RS	Rechtssache
Rspr.	Rechtsprechung
S.	Seite; auch: Satz
SAE	Sammlung Arbeitsrechtlicher Entscheidungen
SGB III	Sozialgesetzbuch Drittes Buch - Arbeitsförderung
Slg.	Sammlung (Amtliche Entscheidungssammlung des EuGH)
Sog.	So genannt(e/er)
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SR	Soziales Recht
st.	ständige
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
SZ	Süddeutsche Zeitung
Taz	Die Tageszeitung
Thür.	Thüringen
TVG	Tarifvertragsgesetz
TVöD	Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes
TV-L	Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder
U/G/B/H	Urban-Crell/Germakowski/Bissels/Hurst, Arbeitnehmerüberlassungsgesetz Kommentar
u.a.	und andere
umf.	umfassend(en)
Univ.	Universität
Urt.	Urteil
v.	vom; auch: von; auch: versus
Verw.	Verweis
Vgl.	Vergleiche
WiRO	Wirtschaft und Recht in Osteuropa
z.B.	zum Beispiel
ZAAR	Zentrum für Arbeitsbeziehungen und Arbeitsrecht
ZESAR	Zeitschrift für europäisches Sozial- und Arbeitsrecht
ZfA	Zeitschrift für Arbeitsrecht
Ziff.	Ziffer
zit.	zitiert
ZPO	Zivilprozessordnung

Abkürzungsverzeichnis

ZTR	Zeitschrift für Tarif-, Arbeits- und Sozialrecht des öffentlichen Dienstes
zugl.	zugleich